V-7 Gegen das globale Patriarchat - Für eine queerfeministische Außenpolitik

Antragsteller*in: Paula Moser, Jonas Borgmeier, Claire Carlson, Lena Cornelissen, Charlotte Steinmetz, Florian Lenner

Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

Unsere junggrüne Friedens- und Außenpolitik richtet sich an diejenigen, die von ihr betroffen sind und ist sensibel gegenüber Machtverhältnissen, die diese Betroffenheit verstärken. Wir befürworten den Paradigmenwechsel, Sicherheit nicht mehr im Sinne von Staaten, sondern im Sinne von Menschen zu denken. Menschliche Sicherheit denkt Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Kriminalität und Repression und physischer, mentaler und sexualisierter Gewalt mit und entwirft Lösungskonzepte, bei der das Individuuum und seine Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Um menschliche Sicherheit zu verwirklichen, müssen wir Kritik an aktuellen Machtstrukturen ausüben. Denn wir wollen strukturelle Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art durchbrechen. Gewaltspiralen, Aufrüstung und bewaffnete Konflikte basieren viel zu oft auf toxischen und aggressiven Dynamiken von patriarchalen Strukturen. Wir als Grüne Jugend wollen Machthierarchien durchbrechen und das Thema Frieden und Sicherheit geschlechtersensibel betrachten.

Feministische Außenpolitik denkt intersektional

Unser Anspruch ist Außenpolitik queerfeministisch und intersektional zu gestalten. Manche Menschen gehören mehreren marginalisierten Gruppen an. Intersektionalität bedeutet dabei, die besonderen Diskriminierungsformen, denen diese Menschen ausgesetzt sind, zu bedenken. FIT*-Personen, die zusätzlich unter Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Klassismus, Ageismus oder weiterer Diskriminierung leiden, sind besonders stark marginalisiert. Wir fordern deshalb, auf die Bedürfnisse mehrfach diskriminierter Personen in Situationen des bewaffneten Konflikts und außenpolitischen Lösungsansätzen einzugehen. Intersektionale Ansätze müssen in allen Bereichen der deutschen Außenpolitik gemainstreamed werden.

Feministische Außenpolitik setzt die Rechte von FIT*-Personen konsequent um

Wir wollen, dass FIT*-Personen ihre universellen Menschenrechte wie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung uneingeschränkt wahrnehmen können. Ob aufgrund von materiellen Abhängigkeiten, fehlenden Mobilitätsmöglichkeiten, mangelndem Schutz

vor geschlechtsbasierter Gewalt oder weiteren Faktoren - FIT*-Personen sind oft überproportional stark von bewaffneten Konflikten betroffen. Die Situation von Trans*-, Inter*-, Non-binary*- & Agender*-Personen verdient dabei besondere Aufmerksamkeit, weil sie meist ebenso unter cis-männlicher Dominanz leiden, aber zusätzlich durch binäre Geschlechtersysteme unsichtbar gemacht werden. So stehen ihnen keine Schutzräume zur Verfügung, was sich in bewaffneten Konflikten besonders stark auswirkt. Feministische Außenpolitik geht jedoch darüber hinaus, FIT*-Personen nur als primäre Adressat*innen von Nothilfe zu sehen. Denn FIT*-Personen sind Akteur*innen und Rechteträger*innen und müssen als solche anerkannt werden. Daher müssen die Rechte von FIT*-Personen in allem außenpolitischem Handeln berücksichtigt und gestärkt werden.

Feministische Außenpolitik kämpft für gerechte Ressourcenverteilung

Patriarchale Strukturen führen in Deutschland und weltweit dazu, dass die Teilhabe von FIT*-Personen an sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen begrenzt bleibt. Das ist inakzeptabel, denn für uns ist klar: FIT*-Personen haben das Recht an mindestens 50 Prozent der Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Dazu muss die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen bestehende Machtstrukturen und für mehr Teilhabe von FIT*-Personen und marginalisierten Gruppen einsetzen, eine zentrale Rolle einnehmen. Wir wollen, dass in allen Bereichen Budgets und Fördermittel explizit zur Gleichstellung von FIT*-Personen bereitgestellt werden. Diese müssen partizipativ gestaltet werden, damit sie die Lebensrealitäten von FIT*-Personen vor Ort berücksichtigen.

Feministische Außenpolitik bringt FIT*-Personen an die Verhandlungstische

Die aktive Teilnahme von FIT*-Personen an Verhandlungen sichert langfristig Frieden. Die aktive Teilnahme von FIT*-Personen an Friedensverträgen steigert die Wahrscheinlichkeit, dass ein Vertrag mehr als 15 Jahre hält, um 35 Prozent. Die Teilhabe von FIT*-Personen führt dazu, dass geschlechtersensible Problematiken in die Ergebnisse solcher Verhandlungen mit einfließen.

FIT*-Personen müssen als Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen der Sicherheits- und Friedenspolitik einbezogen werden. Geschlechterhierarchien dürfen in keinem auswärtigen Engagement, sei Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention oder Mediation von Friedensverhandlungen gestärkt, sondern müssen aufgebrochen werden. In Friedensprozessen müssen FIT*-Personen und andere marginalisierte Gruppen anerkannt werden und aktiv an Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilnehmen. FIT*-Personen müssen zudem nachhaltig auf allen Ebenen der Friedensarbeit aber vor allem in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische Unterstützung gestärkt werden. Dazu gehören die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema FIT*-Personen, Frieden und Sicherheit, Mediations- und Verhandlungstrainings sowie die Vernetzung von FIT*-Gruppen in

verschiedenen Konfliktkontexten. Auch bei Verhandlungen, welche im Rahmen der EU oder Vereinten Nationen geleitet werden, muss sich die Bundesregierung für eine stärkere FIT*-Beteiligung einsetzen.

Auch in der deutschen Außenpolitik sind FIT*-Personen und andere marginalisierte Gruppen noch chronisch unterrepräsentiert. Dies betrifft sowohl die politische als auch die beamtische Ebene. Die Bundesrepublik hatte noch nie eine Außenministerin. 2018 waren nur 16 Prozent der Leitungspositionen in deutschen Auslandvertretungen von Frauen* besetzt. Wir fordern deswegen, eine FIT*-Quote von 50 Prozent für die Führungspositionen im Auswärtigen Amt.

Hinzu kommt, dass Initiativen für mehr Diversität im Auswärtigen Amt wie die "Diplomats of Color" ehrenamtliche und damit unbezahlte Arbeit einzelner Diplomat*innen sind, wird dem Reformbedarf der Institution nicht gerecht. Daher fordern wir die finanzielle Ausstattung von derartigen Netzwerken.

Feministische Außenpolitik denkt Abrüstung mit

Eine feministische Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit für FIT*-Personen garantiert, kann langfristig nur durch Abrüstung erreicht werden. Wir fordern die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland und den Einsatz für die völkerrechtlichen Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die langfristige Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen muss das Ziel einer feministischen, auf menschliche Sicherheit zentrierten Außenpolitik sein. Dabei muss Deutschland selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Feministische Außenpolitik arbeitet an der Überwindung globaler Machthierarchien

Mit feministischen Ansätzen der Außenpolitik arbeiten wir als Grüne Jugend daran, globale Machthierarchien aktiv zu überwinden. Als politischer Jugendverband in einem der reichsten Länder der Welt haben wir die Pflicht, den Herausforderungen der Weltgesellschaft durch Klimakrise, Kriege, Flucht und Vertreibung mit globaler Solidarität und progressiven Lösungsansätzen zu begegnen. Die entworfenen Lösungsansätze sollen in einer gleichberechtigten, globale Debatte, die Frieden, die Überwindung globeler Machtstrukturen und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zum Ziel hat, weiterentwickelt werden.

Begründung

Als Grüne Jugend sind wir ein feministischer und machtkritischer Verband. Wir sind der Meinung, dass sich das auch in unserem Verständnis von Außenpolitik wiederspiegeln sollte.

Feministische Außenpolitik wird dabei schon länger sowohl in der GJ als bei Bündnis 90 / Die Grünen diskutiert. Auch in die Beschlusslage hat das Konzept teilweise schon Einzug gefunden - beispielsweise bei

der GJ Hessen. Doch uns fehlt noch eine Beschlusslage auf Bundesebene und wir sind überzeugt, dass wir diese für das kommende Wahljahr brauchen.
Wir wollen in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und im gesellschaftlichen Diskurs das Thema der feministischen Außenpolitik als wichtigen Impuls setzen.

Und unserer Blick muss darüber hinaus gehen: in einer Welt, die von wachsendem Autoritarismus und anti-emanzipatorischen Kräften bedroht ist, müssen wir für progressive Lösungsansätze und den gleichberechtigen Dialog über diese Lösungsansätze kämpfen.